



Geschäftsführung Rat

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: petra.kramp@stadt-koeln.de

Datum: 17.04.2012

Niederschrift

über die **32. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem **27.03.2012**, 15:39 Uhr bis 19:39 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gebauer, Yvonne; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Granitzka, Winrich; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Hoffmann, Klaus; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Neubert, Michael; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Senol, Sengül; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Möller, Sandra Dr.; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Michael; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas; Homann, Mike; Wirges, Josef

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Streitberger, Bernd Beigeordneter; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin

Frau Kramp

Stenografen

Herr Becker;

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Görzel, Volker; Nesseler-Komp, Birgitta; Wiener, Markus

Bezirksbürgermeisterin

Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelia

Bezirksbürgermeister

Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus´

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

- I. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Dr. Heinen, Herrn Jung und Frau Thelen vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

- II. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zur Sitzung zwei fristgerecht eingereichte Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde vorlägen. Es handelt sich um folgende Angelegenheiten:

- 1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn"

AN/0440/2012

- 1.2 Antrag der Fraktion Die Linke. auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Angriffe des Umweltministers Dr. Röttgen gegen das städtische Unternehmen RheinEnergie AG wegen der Strompreiserhöhungen"

AN/0442/2012

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine aktuelle Stunde pro Sitzung vorsehe. Bei mehreren Anträgen bestehe nach § 5 Absatz 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Auf Nachfrage des

Oberbürgermeisters erklären die Antragsteller, dass eine diesbezügliche Einigung nicht erzielt werden konnte.

Der Rat beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung - zwei aktuelle Stunden durchzuführen.

- III. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Folgen des fehlenden Wirtschaftsplans 2011/12 für die Bühnen der Stadt Köln"
AN/0422/2012
- 4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Nicht verausgabte Bundeszuwendungen für Bildung und Teilhabe"
AN/0425/2012
- 4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Folgen der vorläufigen Haushaltsführung"
AN/0429/2012
- 10 Allgemeine Vorlagen
- 10.15 Einstellung des Betriebs der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II)
4290/2011
- 10.16 Wahl zum 16. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012, Zeitraum der Wahlwerbung
1152/2012
- 10.17 VRS-SozialTicket: Weiterführung des SozialTicket-Angebots in Köln
1158/2012
- 17 Wahlen
- 17.5 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Jugendhilfeausschuss
AN/0432/2012
- 17.6 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nachbesetzung von Fachausschüssen und Gremien
AN/0449/2012

- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 18.1 Landtagswahl 2012 - Mittelbewilligung und Bedarfsfeststellungsbeschluss
1084/2012

Absetzungen

- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
- 2.1 Schenkungsannahme für das Kunstobjekt "Röggelchen" des Künstlers Cornel Wachter Köln-Altstadt/Nord
2974/2011
- 6 Ortsrecht
- 6.1 Satzungen
- 6.1.1 Aufhebung der Sanierungssatzung Eigelstein
4933/2011
- 10 Allgemeine Vorlagen
- 10.1 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012
5278/2011
- 10.2 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012
5279/2011
- 10.6 Annahme von ausländischen Abfällen in der Kölner Restmüllverbrennungsanlage
1005/2011
- 10.7 Kölner Haus der Innovationen
hier: Gründungsprozess
4514/2011
- 10.13 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2012
0947/2012
- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen
- 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Nummer 58457/02
Arbeitstitel: "Odemshof" in Köln-Lövenich
4547/2011

- 17 Wahlen
- 17.3 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
0951/2012
- 23 Grundstücksangelegenheiten
- 23.1 Vorzeitige Erbbaurechtsverlängerung Gereonswall 110
Köln-Altstadt-Nord
3653/2011
- 24. Allgemeine Vorlagen
- 24.4 Einführung von SAP PSCD als neues Kassenverfahren der Verwaltung
0731/2012

IV. Ratsmitglied Granitzka erklärt, seine Fraktion habe zu Punkt

- 10.17 VRS-SozialTicket: Weiterführung des SozialTicket-Angebots in Köln
1158/2012

noch Beratungsbedarf und beantrage daher, die Beschlussfassung zurückzustellen.

Ratsmitglied dos Santos Herrmann verweist auf die Notwendigkeit, in der Angelegenheit eine rasche Entscheidung zu treffen und bittet den Oberbürgermeister, die Sache so schnell wie möglich als Dringlichkeitsentscheidung wieder vorzulegen.

Der Oberbürgermeister zieht nach diesen Erklärungen die Vorlage für die heutige Sitzung zurück und erläutert, dass er es für erforderlich halte, die Sache alsbald zu entscheiden und die Verwaltung daher umgehend eine Dringlichkeitsentscheidung vorlegen werde.

V. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Dringlichkeitsantrag zum Thema

Flughafen Köln/Bonn

- " Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn
- " Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms
- " Verlagerung des Fernlinienbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn
AN/0441/2012

vorgelegt hätten, hierzu seien bereits folgende Änderungsanträge eingegangen:

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0450/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2012

Der Rat stimmt der Aufnahme in die Tagesordnung – wie von der Verwaltung vorgeschlagen als Punkt 3.1.11 - einvernehmlich zu.

VI. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Punkte

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
betreffend "Fortsetzung der Abschlagszahlungen in 2012"
AN/0396/2012

und

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Vorläufige Haushaltsführung -
Finanzierung der Freien Träger"
AN/0187/2012

wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln. Der Rat stimmt
diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VII. Der Oberbürgermeister schlägt des weiteren vor, die Punkte

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde
betreffend "Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn"
AN/0440/2012

und

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Verhinderung eines Luftdreh-
kreuzes der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn"
AN/0399/2012

sowie

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen betreffend "Flughafen Köln/Bonn"
" Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen
Köln/Bonn
" Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms
" Verlagerung des Fernlinienbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn
AN/0441/2012

wegen des Sachzusammenhangs ebenfalls gemeinsam zu behandeln. Der Rat
stimmt auch diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VIII. Der Rat stimmt der so festgelegten Tagesordnung einvernehmlich zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn"
AN/0440/2012
 - 1.2 Antrag der Fraktion Die Linke. auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Angriffe des Umweltministers Dr. Röttgen gegen das städtische Unternehmen RheinEnergie AG wegen der Strompreiserhöhungen"
AN/0442/2012
- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
 - 2.1 Schenkungsannahme für das Kunstobjekt "Röggelchen" des Künstlers Cornel Wachter Köln-Altstadt/Nord
2974/2011
- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
 - 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Fortsetzung der Abschlagszahlungen in 2012"
AN/0396/2012
 - 3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Illegal im Stadtgebiet aufgestellte Altkleider-Container"
AN/0356/2012
 - 3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Als Feuer vom Himmel fiel: Den Opfern des Tausend-Bomber-Angriffs ein ehrendes Andenken bewahren!"
AN/0357/2012
 - 3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Vorläufige Haushaltsführung - Finanzierung der Freien Träger"
AN/0187/2012

3.1.5. Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Frühzeitige Inbetriebnahme Nord-Süd-Stadtbahn"
AN/0391/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
AN/0443/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0447/2012

3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes"
AN/0358/2012

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Güterbahnhof Mülheim"
AN/0388/2012

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Abtretung der durch Aufsichtsratsmandate erworbenen Entgelte an die Stadtkasse Köln"
AN/0359/2012

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Jahnwiese für die Sportvereine und den Freizeitsport erhalten"
AN/0360/2012

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Verhinderung eines Luftdrehkreuzes der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn"
AN/0399/2012

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Flughafen Köln/Bonn"
" Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn
" Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms
" Verlagerung des Fernlinienbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn
AN/0441/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0450/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2012

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Folgen des fehlenden Wirtschaftsplans 2011/12 für die Bühnen der Stadt Köln"
AN/0422/2012
(zugesetzt)
- 4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Nicht verausgabte Bundeszuwendungen für Bildung und Teilhabe"
AN/0425/2012
(zugesetzt)
- 4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Folgen der vorläufigen Haushaltsführung"
AN/0429/2012
(zugesetzt)
- 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen
- 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeinordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 6 Ortsrecht
- 6.1 Satzungen
- 6.1.1 Aufhebung der Sanierungssatzung Eigelstein
4933/2011
(zurückgezogen)
- 6.1.2 Nachfolgeregelungen zu der früheren Zweckentfremdungsverordnung und Überlassungsverordnung
0327/2012

- 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
 - 6.2.1 Neufassung der Benutzungsordnung für die Volkshochschule Köln
3170/2011
 - 6.2.2 Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung des Historischen Archivs
der Stadt Köln
4986/2011
- 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
- 6.4 Sonstige städtische Regelungen
- 7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten
genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das
Hj. 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssat-
zung 2010/2011
1064/2012
- 8 Überplanmäßige Aufwendungen
- 9 Außerplanmäßige Aufwendungen
- 10 Allgemeine Vorlagen
 - 10.1 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012
5278/2011
(zurückgezogen)
 - 10.2 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012
5279/2011
(zurückgezogen)
 - 10.3 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines
Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die
Stadtbibliothek Köln und andere städtische Dienststellen für die Zeit vom
01.10.2012 bis 30.09.2015 zzgl. einer einjährigen Verlängerungsoption
0507/2012
 - 10.4 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Anpassung der Zweckverbands-
satzung an die Vorgaben der VO (EU) 1370/2007
0526/2012
 - 10.5 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße
hier: Vergabe von Bauleistungen ohne rechtskräftiges Baurecht
0701/2012

- 10.6 Annahme von ausländischen Abfällen in der Kölner Restmüllverbrennungsanlage
1005/2011
(zurückgezogen)
- 10.7 Kölner Haus der Innovationen
hier: Gründungsprozess
4514/2011
(zurückgezogen)
- 10.8 Einrichtung Logistikforum Köln
0705/2012
- 10.9 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
hier: Wirtschaftsplan 2012
0791/2012
- 10.10 Hochwasserschutzkonzept Köln, Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) - Retentionsraum Worringer Bruch
4162/2011
- 10.11 Sperrbezirke im Kölner Süden, Verlängerung des temporären Sperrbezirkes
0270/2012
- 10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB): Bürgschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen zur Finanzierung von Investitionen im Rahmen des "Investitionsprogramms Abwasser NRW" des Landes NRW und des diesbezüglichen Ergänzungsprogramms der NRW.BANK
0849/2012
- 10.13 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2012
0947/2012
(zurückgezogen)
- 10.14 Errichtung eines Bildungsganges: Berufliches Gymnasium für Erziehung und Soziales, Fachbereich und fachlicher Schwerpunkt: Erziehung und Soziales, Bildungsgang: Allgemeine Hochschulreife (Freizeitsportleiterin/Freizeitsportleiter) (Sport und Biologie) am Berufskolleg Humboldtstr. 41, 50676 Köln (BK 14) zum 01.08.2012.
0112/2012
- 10.15 Einstellung des Betriebs der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II)
4290/2011
(zugesetzt)

- 10.16 Wahl zum 16. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012, Zeitraum der Wahlwerbung
1152/2012
(zugesetzt)
- 10.17 VRS-SozialTicket: Weiterführung des SozialTicket-Angebots in Köln
1158/2012
(zurückgezogen)
- 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes
- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen
- 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58457/02
Arbeitstitel: "Odemshof" in Köln-Lövenich
4547/2011
(zurückgezogen)
- 13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen
- 14 Erlass von Veränderungssperren
- 14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Braunfeld
Arbeitstitel: Max-Wallraf-Straße in Köln-Braunfeld
0008/2012
- 14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide
Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Steyley Straße in Köln-Holweide
0049/2012
- 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen
- 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen
- 16.1 221. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0072/2012

- 17 Wahlen
 - 17.1 Entsendung eines Ratsmitgliedes in den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
0330/2012
 - 17.2 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl eines Abgeordneten für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW
AN/0372/2012
 - 17.3 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
0951/2012
(zurückgezogen)
 - 17.4 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates
0972/2012
 - 17.5 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Jugendhilfeausschuss
AN/0432/2012
(zugesetzt)
 - 17.6 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nachbesetzung von Fachausschüssen und Gremien
AN/0449/2012
(zugesetzt)
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 18.1 Landtagswahl 2012 - Mittelbewilligung und Bedarfsfeststellungsbeschluss
1084/2012
(zugesetzt)
- 19 -

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 23 Grundstücksangelegenheiten
 - 23.1 Vorzeitige Erbbaurechtsverlängerung Gereonswall 110 in Köln-Altstadt-Nord 3653/2011
(zurückgezogen)
 - 23.2 Übertragung der Opernterrassen sowie weiterer Flächen in das Sondervermögen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Bühnen der Stadt Köln" 5286/2011
 - 23.3 Verlängerung eines bestehenden Erbbaurechtsvertrages 0735/2012
 - 23.4 Grundstücksgeschäft Bergisch Gladbacher Str. 109 0259/2012
- 24 Allgemeine Vorlagen
 - 24.1 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss eines Rahmenvertrages über Kopierer / Multifunktionsgeräte in Schulen und für städtische Dienststellen im Zeitraum 01.01.2012 bis 30.06.2014 0238/2012
 - 24.2 Anmietung einer Erweiterung einer Kindertageseinrichtung in Weiden, Bistritzer Str. 114 0185/2012
 - 24.3 Anschluss der Beihilfestelle der Stadt Köln an das neue Beihilfeverfahren des Landes NRW (Beihilfe NRW Plus) im Rahmen einer gemeinsamen Kooperation 0490/2012
 - 24.4 Einführung von SAP PSCD als neues Kassenverfahren der Verwaltung 0731/2012
(zurückgezogen)
 - 24.5 Mehrkosten im Zusammenhang mit der Errichtung des Bergebauwerks, der Archivalienbergung, der Beweissicherung und der Vorbereitung der Bergebaugrube zur Errichtung des Besichtigungsbauwerks 0633/2012

- 24.6 Abschluss eines Rahmenvertrages für die Lieferung von Schulmöbeln
0142/2012
- 24.7 Einbringung des Clouth-Geländes in die moderne Stadtgesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH
5145/2011
- 25 Wahlen
- 26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn" AN/0440/2012

Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Verhinderung eines Luftdrehkreuzes der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn"
AN/0399/2012

und

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Flughafen Köln/Bonn"
" Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn
" Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms
" Verlagerung des Fernlinienbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn
AN/0441/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0450/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2012

behandelt.

Unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu Punkt 3.1.11 ist die vorliegende Sache gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe a) der Geschäftsordnung erledigt.

1.2 Antrag der Fraktion Die Linke. auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Angriffe des Umweltministers Dr. Röttgen gegen das städtische Unternehmen RheinEnergie AG wegen der Strompreiserhöhungen" AN/0442/2012

Beschluss:

Nach der Erörterung der Angelegenheit beschließt der Rat die nachfolgende Resolution:

Resolution des Rates der Stadt Köln zu den öffentlichen Vorwürfen von Bundesumweltminister Röttgen gegen die RheinEnergie AG

Es ist ein bislang beispielloser Vorgang, wenn ein Bundespolitiker mehrfach in der Öffentlichkeit ein einzelnes Unternehmen angreift und ihm Täuschung der Kunden vorwirft. Überdies ist das Vorgehen fragwürdig, wenn der Bundespolitiker vorgibt, aus privater Betroffenheit als Kunde heraus zu handeln, dann aber sein öffentliches Amt dazu einsetzt, seiner Kritik eine entsprechende Bühne zu verschaffen.

Dies ist der RheinEnergie bei zwei Gelegenheiten widerfahren: Am Abend des 12. März in der ARD und am Abend des 22. März im ZDF. In beiden Fällen griff Bundesumweltminister Röttgen namentlich die RheinEnergie und deren bevorstehende Preiserhöhung an, wohl wissend, dass mehr als 200 Unternehmen ihre Preise anpassen müssen.

Der Vorwurf lautete in beiden Fällen: Die RheinEnergie begründe eine anstehende Preiserhöhung einseitig mit der Energiewende, und damit täusche sie die Kunden, denn die wirtschaftlichen Auswirkungen der Energiewende seien marginal.

In die Kritik geriet das Anschreiben an die Kunden zur Preiserhöhung im April 2012, in dem die RheinEnergie tatsächlich aber mehrere Gründe für die Preiserhöhung genannt hat:

1. Eine erhebliche Erhöhung der Netznutzungsentgelte im Januar 2012 um mehr als 16 Prozent, bezogen auf einen Privathaushalt. Diese sind vom Kostenrahmen her nach Prüfung durch die Bundesnetzagentur festgelegt und genehmigt.
2. Ein erheblicher Anstieg der Strombeschaffungskosten für 2012. Im Jahr 2011 stiegen die Strombeschaffungskosten für das Lieferjahr 2012 fast sechs Monate erheblich an. Das war eine Folge des Unglücks von Fukushima und der damit verbundenen Stilllegungsbeschlüsse für deutsche Kernkraftwerke im Rahmen der Energiewende. Genau so hat es die RheinEnergie im Brief auch dargestellt.
3. Einführung einer zusätzlichen Umlage auf Basis § 19 Netzentgeltverordnung zur Entlastung der energie-intensiven Industrie mit Übertragung der Kosten auf die Allgemeinheit. Am 15. Dezember 2011 beschloss die Bundesregierung in einer Nachtsitzung, eine zusätzliche Umlage einzuführen, mit deren Hilfe die energie-intensive Industrie von Netznutzungsentgelten entlastet werden soll. Diese Umlage ist von allen Stromkunden zu bezahlen.

Die RheinEnergie hat ein positives Beispiel der Transparenz geliefert, indem sie in der Folge der Vorwürfe alle relevanten Fakten offengelegt hat.–Die Plausibilität dieser Zahlen wird auch von zwei Verbraucherverbänden anerkannt. Überdies sind alle Positionen überprüfbar.

Die RheinEnergie hat den Auftrag, Versorgungssicherheit mit Energie und Trinkwasser für ihre Kunden zu gewährleisten und daran ihre Angebote auszurichten.

Sie leistet mit ihrer Wertschöpfung als Arbeitgeber einen wertvollen Beitrag für die Prosperität von Stadt und Region, sie investiert vielfach in Sachanlagen, Güter und Dienstleistungen, und sie ist vielfach gesellschaftlich wie sozial in der Stadt engagiert.

Die RheinEnergie sichert auf diese Weise Arbeitsplätze und Beschäftigung bei sich und Dritten.

Als mittelbarer Mehrheitsaktionär der RheinEnergie sind die Stadt Köln und damit auch ihre Bürger am wirtschaftlichen Erfolg der RheinEnergie beteiligt. Als ein im Wettbewerb stehendes Unternehmen muss das Unternehmen seine Preise und Angebote marktgerecht entwickeln. Dazu orientiert sich die RheinEnergie in der Kalkulation ihrer Angebote an tatsächlichen Kosten und der jeweiligen Marktsituation.

Dabei hat sie stets Augenmaß bewiesen und gehörte jetzt aktuell über 15 Monate hinweg zum Fünftel der günstigsten Stromanbieter. In den vergangenen vier Jahren hat sie teils antizyklisch die Strompreise auch gesenkt.

Der Rat der Stadt Köln spricht dem Vorstand und der Belegschaft der RheinEnergie sein Vertrauen aus und baut weiterhin auf die Leistungskraft dieses Unternehmens und dessen wichtige Rolle für die Stadt Köln und die rheinische Region.

Der Rat der Stadt Köln verwahrt sich gegen einseitig und verkürzt geäußerte Vorwürfe, welche die wesentlichen Fakten außer Acht lassen. Er fordert Bundesumweltminister Röttgen auf, sich auf die öffentliche Verantwortung seines Amtes zu besinnen und seine ungerechtfertigten Angriffe auf das kommunale Stadtwerk RheinEnergie sofort einzustellen. Der Rat appelliert an Herrn Röttgen, das mehrfach unterbreitete Angebot direkter Gespräche anzunehmen.

Der Rat überweist die Sache gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen an die Verwaltung und beauftragt diese, den Resolutionstext weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, mit einem Teil der Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) sowie Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und Ratsmitglied Claus Ludwig (Fraktion Die Linke.) zugestimmt.

Anmerkung:

Der Resolutionsentwurf wurde von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen als Änderungsantrag in der Sitzung vorgelegt.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkungsannahme für das Kunstobjekt "Röggelchen" des Künstlers Cornel Wachter Köln-Altstadt/Nord 2974/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III – Seite 4).

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Fortsetzung der Abschlagszahlungen in 2012" AN/0396/2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, alle Spielräume im Rahmen des § 82 GO NRW auszunutzen und die in den jeweiligen Teilplänen des Hpl-Entwurfs 2012 veranschlagten Mittel für Träger der Wohlfahrtspflege, der freien Jugendhilfe, der freien Gesundheitspflege und Sozialarbeit, des zweiten Arbeitsmarktes, der freien Kulturarbeit, der Bürgerhäuser und Bürgerzentren sowie zur Förderung von Projekten der Sportvereine und des VFJ e.V. als Betreiber der TAS, für das 2. Quartal in Höhe von bis zu 50 % zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Vorläufige Haushaltsführung - Finanzierung der Freien Träger" AN/0187/2012

behandelt.

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Illegal im Stadtgebiet aufgestellte Altkleider-Container"
AN/0356/2012

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Verfahrensvorschlags, wie die illegale Aufstellung von Altkleidercontainern auf städtischem Straßenland künftig wirksam – gfs. durch eine Straffung des Verfahrensverfahrens - unterbunden werden kann. Hierbei ist im Rahmen eines Benchmarks die Problem-, insbesondere aber auch die Lösungslage in anderen vergleichbaren Großstädten zu eruieren und zu bewerten.
2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei festgestellten Altkleiderstandorten auf Privatgelände den jeweiligen Grundstückseigentümer zu ermitteln und zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Als Feuer vom Himmel fiel: Den Opfern des Tausend-Bomber-Angriffs ein ehrendes Andenken bewahren!"
AN/0357/2012

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, aus Anlass des 70. Jahrestages des so genannten „Tausend-Bomber-Angriffs“ auf Köln während des II. Weltkriegs in diesem Jahr eine zentrale Gedenkveranstaltung auszurichten und diese in den Folgejahren an jedem 31. Mai zu wiederholen.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, die noch bis zum 27. April 2012 im Landgericht Köln gastierende Ausstellung „KÖLN – FEUER, SCHUTT UND ASCHE“ im Anschluss für die Dauer von zwei Monaten im Kölner Rathaus der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Vorläufige Haushaltsführung - Finanzierung der Freien Träger"
AN/0187/2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln ermächtigt die Verwaltung, die in den jeweiligen Teilplänen des Haushaltsplanes 2012 veranschlagten Mittel zur Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege, der freien Jugendhilfe, der freien Gesundheitspflege und Sozialarbeit, des zweiten Arbeitsmarktes, der freien Kulturarbeit, der Bürgerhäuser und Bürgerzentren sowie Förderungen von Projekten der Sportvereine in Höhe von weiteren 50 % für das zweite und dritte Quartal zu verausgaben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

- 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Fortsetzung der Abschlagszahlungen in 2012"
AN/0396/2012

behandelt.

- 3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Frühzeitige Inbetriebnahme Nord-Süd-Stadtbahn"**
AN/0391/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0443/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0447/2012

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat beschließt die vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Bahnhof Rodenkirchen. Die Verwaltung erhält den Auftrag, den südlichen Abschnitt der 1. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Bonner Wall sowie den Abschnitt der 2. Baustufe zwischen Bonner Wall und Schönhauser Straße möglichst noch zum Jahr 2015 in Zusammenarbeit mit den

KVB in Betrieb zu nehmen. Zur fristgerechten Umsetzung der Teilbetriebnahme Süd werden Verwaltung und die KVB mit der rechtzeitigen Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Haushaltsplan-Beratungen 2012 eine Beschlussvorlage zur vorzeitigen Teilbetriebnahme des südlichen Astes der Nord-Süd-Stadtbahn vorzulegen.

Dabei sind darzulegen,

- alternative Teilbetriebskonzepte für eine zusätzliche Pendellinie von Severinstraße bis/ab Rodenkirchen bzw. Sürth sowie ersatzweise eine weitere Taktverdichtung der bestehenden Linie 16 und deren jeweiliger verkehrlicher Nutzen
- die zusätzlichen Investitions- und Betriebskosten, Einnahmeerwartungen und ihre jeweilige Finanzierung,
- die Investitionen für Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Teilbetriebs, die auch für den kompletten Betrieb der Nord-Süd-Stadtbahn von Nutzen sind, sowie die Investitionen, die nur für den Teilbetrieb notwendig sind,
- die entstehenden Kosten, sofern keine Teilbetriebnahme erfolgt.

In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen und darzustellen, welche rechtlichen - insbesondere steuer- und finanzrechtlichen Rahmenbedingungen - bei einer Realisierung zu beachten sind.

Es sind zudem die notwendigen Schritte darzulegen, wie eine Teilbetriebnahme bis zum Fahrplanwechsel 2015/16 realisiert werden könnte.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und die Fraktion pro Köln **zugestimmt**.

3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes"
AN/0358/2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt seine Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die derzeit eine signifikante Erhöhung ihres Reallohns fordern.

Ferner weist der Rat die von ihm in die Aufsichtsräte der stadteigenen und stadtnahen Unternehmen entsandten Mitglieder an, in diesen Gremien darauf hinzuwirken, dass der Forderung der Beschäftigten Folge geleistet wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Güterbahnhof Mülheim"
AN/0388/2012

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend Gespräche mit dem neuen Eigentümer der Industriebrache „Alter Güterbahnhof Mülheim“ aufzunehmen.

Das Ziel der Gespräche soll die zügige Entwicklung des Geländes im Sinne des integrierten Handlungskonzeptes „Mülheim 2020“ sein.

2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Ausweisung des Geländes als Sanierungsgebiet und der Erlass einer Sanierungssatzung für der Durchsetzung der städtebaulichen und stadtentwicklungspolitischen Ziele hilfreich oder erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt**.

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Abtretung der durch Aufsichtsratsmandate erworbenen Entgelte an die Stadtkasse Köln"
AN/0359/2012

Beschluss:

Der Rat weist alle Mitglieder, die er in Aufsichtsräte entsandt hat, an, die aus diesem Mandat erzielten Einnahmen an die Stadt Köln abzutreten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ratsmitglieder, die vom Stadtrat in Aufsichtsräte entsandt wurden, nach den Maßgaben des §45 GO in Verbindung mit der Hauptsatzung §24 zu entschädigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Jahnwiese für die Sportvereine und den Freizeitsport erhalten" AN/0360/2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Aktivitäten des Oberbürgermeisters, das geplante Leistungszentrum des Deutschen Fußballbundes (DFB) in Köln anzusiedeln. Der Rat der Stadt Köln beauftragt den Oberbürgermeister, in diesem Zusammenhang und grundsätzlich auf eine Bebauung der Jahnwiese zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Verhinderung eines Luftdrehkreuzes der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn" AN/0399/2012

Beschluss:

Der Rat spricht sich deutlich gegen ein Luftdrehkreuz der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn aus und fordert den Oberbürgermeister auf, sich bei Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière dafür einzusetzen, dass auf eine Verlagerung der kanadischen Militärluftstaffel aus der Eifel auf den Köln-Bonner Flughafen verzichtet wird.

Der Oberbürgermeister soll des Weiteren mit der Flughafenleitung und allen Anteilseignern des Konrad-Adenauer-Flughafens alle Möglichkeiten nutzen, damit die Situation durch Fluglärm für die Anwohner nicht noch weiter verschärft wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn"
AN/0440/2012

und

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Flughafen Köln/Bonn"
" Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn
" Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms
" Verlagerung des Fernlinienbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn
AN/0441/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0450/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2012

behandelt.

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Flughafen Köln/Bonn"

" Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn
" Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms
" Verlagerung des Fernlinienbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn
AN/0441/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0450/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2012

Beschlüsse:

I. Beschluss über den in der Sitzung vorgelegten Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat beschließt die nachfolgende Resolution und bittet den Oberbürgermeister, diese entsprechend weiterzuleiten:

**Resolution des Rates der Stadt Köln aus seiner Sitzung am 27. März 2012
Verkehrsflughafen Köln/Bonn: Neuregelung der Nachtflugbeschränkung
hier: Kernruhezeit für Passagierflüge 0.00 bis 5.00 Uhr**

Sehr geehrter Herr Minister Voigtsberger,

Ihr Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr in Nordrhein-Westfalen beabsichtigt die Nachtflugbeschränkungen dahingehend zu ändern, dass Starts und Landungen im Passagierflugverkehr zwischen 0.00 und 5.00 Uhr Ortszeit unzulässig sind. Davon ausgenommen sind Starts und Landungen der Flugbereitschaft des Bundesministeriums der Verteidigung und Flüge in dessen Auftrag sowie von Regierungsflügen ausländischer Staaten.

Die Maßnahme fußt auf dem einstimmigen Beschluss des Landtags NRW vom 24.08.2007: „Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass neben den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens auch die berechtigten Interessen der Anwohner an einer Verminderung der Lärmbelastung durch Einführung einer Kernruhezeit im Passagierflugbetrieb Berücksichtigung finden.“

Der Rat der Stadt Köln begrüßt grundsätzlich wirksame Anstrengungen zur Verminderung der Lärmauswirkungen während der Nacht, um den Gesundheitsschutz für die betroffene Bevölkerung zu verbessern.

Wir betonen, dass der Flughafen Köln/Bonn ein wirtschaftlich sehr relevanter Logistikstandort für Köln und die Region ist, dessen Weiterentwicklung nicht gefährdet werden darf. Die Stadt Köln erwartet daher von der Landesregierung, dies durch ihr Handeln sicher zu stellen.

Die Geschäftsführung des Flughafens Köln/Bonn, die dort tätigen Unternehmen und die Fluggesellschaften brauchen auch bei der in Erwägung stehenden Änderung der Betriebsgenehmigung Planungssicherheit, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden. Die Stadt Köln erwartet daher von der Landesregierung auch auf eine europaweit geltende Nachtflugbeschränkung für Passagierflüge an Verkehrsflughäfen hinzuwirken.

Wir setzen uns gegenüber der Geschäftsleitung des Flughafens Köln/Bonn dafür ein, verstärkt auf den Einsatz von lärmarmen Flugzeugen hinzuwirken und dies durch die Differenzierung der Gebühren für Luftfahrtgesellschaften auch zu befördern.

Wir halten es zudem für geboten, gezielte Verstöße gegen Nachtflugregelungen sowie die Nichteinhaltung von Flugrouten zu sanktionieren und bitten die Landesregierung, dies in geeigneter Weise zu unterstützen.

Aus aktuellem Anlass kritisieren wir die Verlagerung von LH Cargo-Frachtflügen vom Frankfurter zum Köln/Bonner Flughafen, weil ab dem 30.10.2011 für den Flughafen Frankfurt ein vorläufiges Nachtflugverbot von 23.00 bis 05.00 Uhr gerichtlich erlassen wurde.

Wir möchten Sie, Herr Minister, darum bitten, ebenfalls Ihren Einfluss gegenüber allen Beteiligten geltend zu machen, von dieser auch ökonomisch unsinnigen Verlagerung abzusehen, um zusätzlichen Lärmbelastungen für die Bevölkerung zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. **zugestimmt.**

II. Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Rat beschließt, Punkt 2 des Antragstextes der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wie folgt zu ergänzen:

Der Rat der Stadt Köln spricht sich für die unverzügliche Reduzierung des Nachtfluglärms durch den Betrieb des Konrad-Adenauer-Flughafens Köln/Bonn aus.

Zu diesem Zweck wird die Verwaltung aufgefordert, in einem Lärminderungskonzept alle sofort umsetzbaren Maßnahmen zur Lärmreduzierung darzustellen und die Möglichkeiten zu ihrer Umsetzung aus der Sicht der Stadt Köln als Gesellschafterin des Flughafens aufzuzeigen.

In die Betrachtungen sind alle denkbaren Ansätze, z. B. die Modernisierung der Flugzeugflotten, die Verteuerung des Flughafens für lärmintensive Maschinen, die Optimierung des Anflugverfahrens oder schnellere Verfahren für die Finanzierung von Maßnahmen des passiven Lärmschutzes, aufzunehmen. Zudem ist ein Monitoring für die vorgeschlagenen Maßnahmen vorzusehen, durch welches die Effekte der Lärmschutzmaßnahmen regelmäßig bewertet und dokumentiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt.**

III. Beschluss über den ergänzten Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Der Rat spricht sich nachdrücklich gegen ein Luftdrehkreuz der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn aus und fordert Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière auf, das Angebot an die Kanadische Regierung zurückzuziehen. Die Vertreter der Stadt Köln im Aufsichtsrat der Flughafen Köln/Bonn GmbH werden beauftragt, die Geschäftsführung des Flughafens in Ihrem Bemühen zu unterstützen, entsprechende vertragliche Vereinbarungen mit den kana-

dischen Streitkräften hinsichtlich einer eventuellen Nutzung des zivilen Teils des Flughafens Köln/Bonn abzuwehren. Ziel muss es sein, jegliche zusätzliche Belastungen der Anwohner, insbesondere in der Nacht, zu vermeiden, um die Akzeptanz der Bevölkerung für den wirtschaftlich absolut notwendigen Flugverkehr nicht zu gefährden.

2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt den städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung sowie die vom Rat entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates in der Flughafen Köln/Bonn GmbH gegenüber der Geschäftsleitung darauf hinzuwirken, zügig die notwendigen Schritte zu ergreifen, um durch eine veränderte Gestaltung der Lande- und Startentgelte eine deutliche Verminderung der Fluglärmemissionen – insbesondere während der Nachtzeit zwischen 22 und 6 Uhr – zu erreichen. Lärmzuschläge, wie sie an anderen deutschen Großflughäfen, wie z.B. Hamburg und Frankfurt, gelten, sind in die Prüfung einzubeziehen.
3. Der Rat spricht sich für eine Verlagerung des Fernlinienbusbahnhofs vom Breslauer Platz an den Flughafen Köln/Bonn aus. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Flughafen Köln/Bonn GmbH ein Umsetzungsszenario zu entwerfen.
4. Als weiteren Schritt zur deutlichen Verminderung der Fluglärmemissionen beschließt der Rat darüber hinaus die nachfolgende Resolution und bittet den Oberbürgermeister, diese entsprechend weiterzuleiten:

**Resolution des Rates der Stadt Köln aus seiner Sitzung am 27. März 2012
Verkehrsflughafen Köln/Bonn: Neuregelung der Nachtflugbeschränkung
hier: Kernruhezeit für Passagierflüge 0.00 bis 5.00 Uhr**

Sehr geehrter Herr Minister Voigtsberger,

Ihr Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr in Nordrhein-Westfalen beabsichtigt die Nachtflugbeschränkungen dahingehend zu ändern, dass Starts und Landungen im Passagierflugverkehr zwischen 0.00 und 5.00 Uhr Ortszeit unzulässig sind. Davon ausgenommen sind Starts und Landungen der Flugbereitschaft des Bundesministeriums der Verteidigung und Flüge in dessen Auftrag sowie von Regierungsflügen ausländischer Staaten.

Die Maßnahme fußt auf dem einstimmigen Beschluss des Landtags NRW vom 24.08.2007: „Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass neben den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens auch die berechtigten Interessen der Anwohner an einer Verminderung der Lärmbelastung durch Einführung einer Kernruhezeit im Passagierflugbetrieb Berücksichtigung finden.“

Der Rat der Stadt Köln begrüßt grundsätzlich wirksame Anstrengungen zur Verminderung der Lärmauswirkungen während der Nacht, um den Gesundheitsschutz für die betroffene Bevölkerung zu verbessern.

Wir betonen, dass der Flughafen Köln/Bonn ein wirtschaftlich sehr relevanter Logistikstandort für Köln und die Region ist, dessen Weiterentwicklung nicht ge-

fährdet werden darf. Die Stadt Köln erwartet daher von der Landesregierung, dies durch ihr Handeln sicher zu stellen.

Die Geschäftsführung des Flughafens Köln/Bonn, die dort tätigen Unternehmen und die Fluggesellschaften brauchen auch bei der in Erwägung stehenden Änderung der Betriebsgenehmigung Planungssicherheit, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden. Die Stadt Köln erwartet daher von der Landesregierung auch auf eine europaweit geltende Nachtflugbeschränkung für Passagierflüge an Verkehrsflughäfen hinzuwirken.

Wir setzen uns gegenüber der Geschäftsleitung des Flughafens Köln/Bonn dafür ein, verstärkt auf den Einsatz von lärmarmen Flugzeugen hinzuwirken und dies durch die Differenzierung der Gebühren für Luftfahrtgesellschaften auch zu befördern.

Wir halten es zudem für geboten, gezielte Verstöße gegen Nachtflugregelungen sowie die Nichteinhaltung von Flugrouten zu sanktionieren und bitten die Landesregierung, dies in geeigneter Weise zu unterstützen.

Aus aktuellem Anlass kritisieren wir die Verlagerung von LH Cargo-Frachtflügen vom Frankfurter zum Köln/Bonner Flughafen, weil ab dem 30.10.2011 für den Flughafen Frankfurt ein vorläufiges Nachtflugverbot von 23.00 bis 05.00 Uhr gerichtlich erlassen wurde.

Wir möchten Sie, Herr Minister, darum bitten, ebenfalls Ihren Einfluss gegenüber allen Beteiligten geltend zu machen, von dieser auch ökonomisch unsinnigen Verlagerung abzusehen, um zusätzlichen Lärmbelastungen für die Bevölkerung zu vermeiden.

Der Rat bzw. die zuständigen Fachausschüsse sind über den Sachstand in regelmäßigen Abständen zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

- 1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn"
AN/0440/2012

und

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Verhinderung eines Luftdrehkreuzes der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn"
AN/0399/2012

behandelt.

Hinweis:

Ratsmitglied Frau Wolter verlässt die Sitzung nach diesem Punkt endgültig.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Folgen des fehlenden Wirtschaftsplans 2011/12 für die Bühnen der Stadt Köln"
AN/0422/2012**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.
Beigeordneter Prof. Quander beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Dr. Elster.

**4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Nicht verausgabte Bundeszuwendungen für Bildung und Teilhabe"
AN/0425/2012**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.
Frau Beigeordnete Dr. Klein beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Senol.

**4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Folgen der vorläufigen Haushaltsführung"
AN/0429/2012**

Hierzu liegt eine schriftliche Vorabinformation der Verwaltung vor.

Die Verwaltung weist diesbezüglich darauf hin, dass für die Beantwortung der Fragen 1 – 4 ein hoher Rechercheaufwand erforderlich sei, die vollständige Beantwortung könne daher frühestens zur Sitzung des Hauptausschusses am 16.04.2012 erfolgen.

- 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen**
- 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

- 6 Ortsrecht**
- 6.1 Satzungen**
- 6.1.1 Aufhebung der Sanierungssatzung Eigelstein 4933/2011**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III – Seite 4).

Anmerkung:

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

- 6.1.2 Nachfolgeregelungen zu der früheren Zweckentfremdungsverordnung und Überlassungsverordnung 0327/2012**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung von Beschlussvorlagen für folgende neue Satzungen:

a) eine Wohnraumschutzsatzung

sowie

b) eine Mieterbenennungssatzung.

Hierbei soll sie auch die Lage der Wohnraumversorgung in Köln anhand geeigneter Indikatoren darlegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Neufassung der Benutzungsordnung für die Volkshochschule Köln 3170/2011

Beschluss:

Der Rat beschließt die Benutzungsordnung für die Volkshochschule Köln in der als Anlage 1 dieser Beschlussvorlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.2.2 Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung des Historischen Archivs der Stadt Köln 4986/2011

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales aus seiner Sitzung am 19.03.2012:

Der Rat beschließt die Neufassung der Entgeltordnung des Historischen Archivs der Stadt Köln sowie der Benutzungsordnung für das Historische Archiv der Stadt Köln in den zu diesem Beschluss paraphierten Fassungen (Anlagen 1 und **die korrigierte Anlage 2**).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 1064/2012

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 31.01.2012 bis 14.03.2012 für das Haushaltsjahr 2011 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2011 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die teilweise haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. **3.720,33 EUR** in **Teilplan 0101** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Deckung:

Wenigeraufwendungen/Mehrerträge i. H. v. 3.720,33 EUR in **Teilplan 0111** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2011 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für Investitionen

1. **42.000,00 EUR** in **Teilplan 0414** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) Finanzstelle 0000-0414-0-0001

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 42.000,00 EUR in **Teilplan 0301** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

2. **10.000,00 EUR** in **Teilplan 0604** in Zeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen);
Finanzstelle 5100-0604-0-2002

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 10.000,00 EUR in **Teilplan 0604** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

3. **6.000,00 EUR** in **Teilplan 0604** in Zeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen); Fi-
nanzstelle 5100-0604-0-2002

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 6.000,00 EUR in **Teilplan 0604** in Zeile 15 (Transfer-
aufwendungen)

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012
5278/2011**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zu-
rückgezogen (siehe hierzu Ziffer III – Seite 4).

**10.2 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012
5279/2011**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zu-
rückgezogen (siehe hierzu Ziffer III – Seite 4).

**10.3 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss ei-
nes Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung
für die Stadtbibliothek Köln und andere städtische Dienststellen für die
Zeit vom 01.10.2012 bis 30.09.2015 zzgl. einer einjährigen Verlänge-
rungsoption
0507/2012**

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zweck des Abschlusses eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die Stadtbibliothek Köln und andere städtische Dienststellen eine europaweite Ausschreibung durchzuführen.

Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Anpassung der Zweckverbandssatzung an die Vorgaben der VO (EU) 1370/2007
0526/2012****Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln stimmt der als Anlage 1 beigefügten Änderung des § 14 Zweckverbandssatzung für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg sowie der Richtlinie zur Tariffortschreibung und zur Berechnung von Ausgleichsleistungen nach § 14 (Anlage 2) zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße
hier: Vergabe von Bauleistungen ohne rechtskräftiges Baurecht
0701/2012****Beschluss:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungs-unschädlichen Baubeginns - zur Wahrung eines fristgerechten Baubeginns Bauaufträge inklusive der zugehörigen Ingenieurleistungen für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße ohne rechtskräftiges Baurecht nach Personenbeförderungsgesetz zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Annahme von ausländischen Abfällen in der Kölner Restmüllverbrennungsanlage
1005/2011**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III – Seite 4).

**10.7 Kölner Haus der Innovationen
hier: Gründungsprozess
4514/2011**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III – Seite 4).

**10.8 Einrichtung Logistikforum Köln
0705/2012**

Beschlüsse:

I. Beschluss zu den Ziffern 1; 3 und 4 :

1.) Der Rat stimmt zur Einrichtung des Logistikforums Köln der Besetzung mit Vertreterinnen und Vertretern aus folgenden Institutionen und Bereichen zu:

Anzahl Vertreter	Institution/Bereich
9 – 10	Infrastrukturbetreiber/-unternehmen
6 – 8	Speditionen und Frachtunternehmen
7 – 8	Große Verladere, Importeure aus Lebensmittelhandel, Chemie, Automotive etc.
1	IT-Dienstleistungsunternehmen
2	Forschung und Lehre
6	Institutionen und Verbände: <ul style="list-style-type: none">- Industrie- und Handelskammer zu Köln- Umweltverband (BUND)- Arbeitgeber Köln e.V.- Deutscher Gewerkschaftsbund Köln-Leverkusen-Erft-Berg- Verband der Kölner Spediteure und Hafenanlieger- Verband Verkehrswirtschaft und Logistik NRW e.V.
1	Bezirksregierung
4	Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen

8	Stadtverwaltung
---	-----------------

3.) Die namentliche Benennung der Vertreter/innen sowie Stellvertreter/innen aus der Logistikwirtschaft, der Forschung und Lehre, den Verbänden und den weiteren unter Ziffer 1 genannten Institutionen erfolgt durch den Oberbürgermeister auf Vorschlag der jeweiligen Institutionen und Verbände. Ebenso werden die Vertreter/innen und Stellvertreter/innen der Stadtverwaltung durch den Oberbürgermeister benannt.

4.) Die Vertreter des Rates werden für die Wahlzeit des amtierenden Rates bis 2014 benannt. Das Logistikforum tritt circa 2-3mal im Jahr zusammen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss zu Ziffer 2:

2.) Als Vertreter/innen und Stellvertreter/innen der Fraktionen werden benannt:

Fraktion	Vertreter/innen	Stellvertreter/innen
SPD	Jörg van Geffen	Michael Zimmermann
CDU	Klaus Koke	Dr. Sandra von Möller
Grüne	Jörg Frank	Manfred Waddey
FDP	Andreas Feld	Dietmar Repgen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
hier: Wirtschaftsplan 2012
0791/2012**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Wirtschaftsplan der Familie-Ernst-Wendt-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2012

im Erfolgsplan

mit Erträgen von 241.400 Euro
sowie Aufwendungen von 145.800 Euro

und einem Bilanzgewinn von 95.600 Euro

fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.10 Hochwasserschutzkonzept Köln, Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) - Retentionsraum Worringer Bruch 4162/2011

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Umwelt und Grün aus seiner Sitzung am 15.03.2012:

Der Rat stimmt gemäß § 8 Abs. 1 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und den Stadtentwässerungsbetrieben (StEB) dem Beschluss des Verwaltungsrates der StEB vom 28.09.2011 über die Umsetzung des Planfeststellungsabschnittes (PFA) 10 auf der Grundlage der durchgeführten positiven Grundlagenermittlung, vorbehaltlich eines rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlusses und der gesicherten Finanzierung zu.

Als Zielvorgabe für den Betrieb des Notfallpolders wird eine Flutung nur bei sehr großen Hochwasserereignissen knapp unterhalb des 200-jährlichen Bemessungshochwassers (BHW 200) – entsprechend 11,90m Kölner Pegel – im Planfeststellungsverfahren beantragt. Das Prozedere der Flutung wird in einem zu erstellenden Betriebsplan festgeschrieben.

Dabei wird unter „knapp“ frühestens 14 Stunden vor Erreichung der auf der Basis der Oberlieger-Rheinpegel errechneten Überschreitung der 11,90 m Kölner Pegel Marke verstanden.

Es soll ein Konzept für Rettungs- und Fluchtwege im Katastrophenfall entwickelt und ggf. technische Lösungen und bauliche Maßnahmen durchgeführt werden. Die Notwendigkeit eines solchen Konzeptes ergibt sich unabhängig vom Retentionsraum, da die Rettungs- und Fluchtwege bei jedem größerem Hochwasserereignis erforderlich sein könnten.

Das Konzept soll bis zu den Sommerferien 2012 der Bezirksvertretung Chorweiler vorgestellt werden.

Auch sollen die Altlastenbereiche südlich der Brombeergasse und nördlich des Blumenbergsweges auf Schadstoffe untersucht ggf. beseitigt werden.

Die Schadstoffuntersuchung soll bis zu den Sommerferien 2012 erfolgen.

Die Schadstoffuntersuchung der Altlasten soll unabhängig vom Retentionsraum erfolgen, da auch hier durch steigendes Grundwasser bei jedem größerem Hochwasserereignis eine Gefährdung gegeben ist.

Des Weiteren sollen Maßnahmen zur Verbesserung der Abpumpleistung bei der Entleerung des Retentionsraums ergriffen werden.

Außerdem soll das FFH-Gutachten, eine Stellungnahme des Düsseldorfer Umweltministeriums und ggf. der EU-Kommission zur FFH-Richtlinie angewendet auf den Retentionsraum bis zu den Sommerferien 2012 vorgelegt werden.

Ferner soll geprüft werden, ob der Deich den Einzelhof „Im Bruch“ in die Ortslage mit einschließen kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Paffen nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

10.11 Sperrbezirke im Kölner Süden, Verlängerung des temporären Sperrbezirk 0270/2012

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 08.03.2012:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für zunächst ein Jahr in Kraft getretenen temporären Sperrbezirk für Straßenprostitution in der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr im Kölner Süden um zwei Jahre zu verlängern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, dass der seit dem Jahr 2000 geltende Sperrbezirk Köln-Höningen – wie von der Stadt Hürth vorgeschlagen – künftig den südlichen Kreisverkehr der Straße „Am Eifeltor“ mit erfassen soll.
3. Der mit Ratsbeschluss vom 07.04.2011 eingerichtete Beirat, der die Entwicklung im Zusammenhang mit den neuen Sperrbezirksregelungen begleitet, wird gebeten, seine Arbeit fortzusetzen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksvertretung Rodenkirchen und den beteiligten Ausschüssen den im Frühjahr 2012 vorliegenden Bericht über die Bedarfserhebung im Bereich des Straßenstrichs im Kölner Süden mit wissenschaftlichen Methoden („rapid assessment) zeitnah vorzulegen.

Handlungsvorschläge für begleitende gesundheitliche und soziale Maßnahmen sind zu erarbeiten und den politischen Gremien vorzulegen, soweit die Finanzierung gesichert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB): Bürgschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen zur Finanzierung von Investitionen im Rahmen des "Investitionsprogramms Abwasser NRW" des Landes NRW und des diesbezüglichen Ergänzungsprogramms der NRW.BANK 0849/2012

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln erklärt sich damit einverstanden, dass die Stadt Köln im Haushaltsjahr 2012 modifizierte Ausfallbürgschaften zugunsten der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) für Förderdarlehen der NRW.Bank, die der Finanzierung von Investitionen im Rahmen der Förderrichtlinie „Investitionsprogramm Abwasser NRW“ des Landes Nordrhein-Westfalen und des diesbezüglichen Ergänzungsprogramms der NRW-Bank dienen, bis zu einer Gesamtsumme von 100 % der Investitionssumme von maximal 50.821.950 Euro übernimmt.
2. Der Rat erklärt sich mit folgenden Bürgschaftskonditionen einverstanden:
 - a) Hinsichtlich der Bürgschaft, die Darlehen des Investitionsprogramms betreffen, werden als einmaliges Antragsentgelt 0,5 % der jeweils beantragten Bürgschaftssumme und als laufende Kostenerstattung 0,5 % der am Anfang eines jeden Kalenderjahres bestehenden Restschuld seitens der Stadt Köln als Provision vereinnahmt.
 - b) Hinsichtlich der Bürgschaft, die Darlehen des Ergänzungsprogramms betreffen, werden als einmaliges Antragsentgelt 0,05 % der jeweils beantragten Bürgschaftssumme und als laufende Kostenerstattung 0,05 % der am Anfang eines jeden Kalenderjahres bestehenden Restschuld seitens der Stadt Köln als Provision vereinnahmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.13 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2012
0947/2012**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III – Seite 4).

**10.14 Errichtung eines Bildungsganges: Berufliches Gymnasium für Erziehung und Soziales, Fachbereich und fachlicher Schwerpunkt: Erziehung und Soziales, Bildungsgang: Allgemeine Hochschulreife (Freizeitsportleiterin/Freizeitsportleiter) (Sport und Biologie) am Berufskolleg Humboldtstr. 41, 50676 Köln (BK 14) zum 01.08.2012.
0112/2012**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Schulgesetz NRW (SchulG)

die Errichtung des Bildungsganges:

Berufliches Gymnasium für Erziehung und Soziales

- Fachbereich und fachlicher Schwerpunkt: Erziehung und Soziales

- Bildungsgang: Allgemeine Hochschulreife (Freizeitsportleiterin/Freizeitsportleiter)

(Sport und

Biologie)

in Vollzeitform gem. § 22 SchulG i.V.m. Anlage D der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO BK) zum 01.08.2012 am Berufskolleg Humboldtstraße (BK 14), Sek. II, Humboldtstr. 41, 50676 Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.15 Einstellung des Betriebs der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II)
4290/2011**

Beschluss:

Aufgrund einer Vielzahl von erfolgreichen Präventionsmaßnahmen hin zur Drogensubstitution ist der Bedarf für den Betrieb der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II) so stark zurück gegangen, dass eine Weiterführung nicht mehr erforderlich ist und unwirtschaftlich wäre. Die Drogenhilfe Köln gGmbH (Träger des KAD II) hat die Bereitschaft signalisiert, den Betrieb der Einrichtung bedarfsorientiert weiterzuentwickeln.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Rat

1. die Einstellung des Betriebes der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II), Siegburger Str. 114, 50679 Köln, zum 30.06.2012;
2. die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen im Rahmen eines Veränderungsnachweises zum Haushaltsplan 2012 zu berücksichtigen;
3. die Verwaltung zu beauftragen, weitere Verwendungsmöglichkeiten der Räumlichkeiten gemeinsam mit dem Träger zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.16 Wahl zum 16. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012, Zeitraum der Wahlwerbung 1152/2012

Beschluss:

1.) Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass die Anbringung von Wahlwerbung für die Wahl zum 16. Landtag des Landes NRW am 13. Mai 2012 ab dem Tag nach den Zulassungsentscheidungen des Kreis- und des Landeswahlausschusses (spätestens ab dem 15. April 2012, 00.00 Uhr) zulässig ist.

Sobald der genaue Termin der Zulassungsentscheidung feststeht, ist dieser allen Kandidaten und Kandidatinnen bzw. Parteien und Wählergruppierungen, die bis dahin eine Zulassung zur Landtagswahl 2012 beantragt haben, unmittelbar mitzuteilen und auf der Startseite des Internetauftritts der Stadt Köln (www.stadt-koeln.de) einzustellen.

2.) Die im Grundsatzbeschluss des Rates aus 1999 festgelegte Frist von sechs Wochen wird damit unter den besonderen Bedingungen der Landtagswahl 2012 auf rund vier Wochen verkürzt.

3.) Die Genehmigungsbescheide für die jeweiligen Wahlvorschlagsträger und Wahlvorschlagsträgerinnen können unter der Bedingung, dass die Erlaubnisse erst ab dem unter 1.) genannten Termin gelten, bereits vorab zugestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**10.17 VRS-SozialTicket: Weiterführung des SozialTicket-Angebots in Köln
1158/2012**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer IV – Seite 5).

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend
den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Nummer 58457/02
Arbeitstitel: "Odemshof" in Köln-Lövenich
4547/2011**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III – Seite 4).

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

14 Erlass von Veränderungssperren

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage
in Köln-Braunsfeld
Arbeitstitel: Max-Wallraf-Straße in Köln-Braunsfeld
0008/2012**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Braunsfeld –Arbeitstitel: Max-Wallraf-Straße in Köln-Braunsfeld– für das Gebiet südlich der Stolberger Straße und westlich der Eisenbahnstrecke der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG), betreffend die Grundstücke Stolberger Straße 307 bis 317 sowie Max-Wallraf-Straße 6 und 13 mit den Flurstücken 775, 1017, 1595, 1787, 1788, 1835, 2017, 2118, 2119, 3911/233, 3912/233 und 3913/233 in der Gemarkung Müngersdorf, Flur 77, in Köln-Braunsfeld in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Steyley Straße in Köln-Holweide 0049/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide –Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Steyley Straße in Köln-Holweide– für das Gebiet betreffend das Gewerbegebiet östlich des Autobahnanschlusses Köln-Dellbrück an der Autobahn A 3, beiderseits der Bergisch Gladbacher Straße, zwischen Honschaftsstraße, südlich der Wohnsiedlung Josef-Wirth-Straße, östliche Grundstücksgrenze Bergisch Gladbacher Straße 423, entlang der Bergisch Gladbacher Straße bis Hausnr. 440, einschließlich der Grundstücke Vischeringstraße 1 bis 5, nördlich Vischeringstraße 12, östliche Grundstücksgrenze des Gewerbegebietes bis zur Kleingartenanlage, nördlich der Kleingartenanlage bis zur Zwickauer Straße, Zwickauer Straße, Bergisch Gladbacher Straße bis zur Honschaftsstraße in Köln-Holweide in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 221. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0072/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 221. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Bürgermeister Bartsch übernimmt die Sitzungsleitung.

17 Wahlen

17.1 Entsendung eines Ratsmitgliedes in den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) 0330/2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, **Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes** in den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt im Anschluss wieder die Sitzungsleitung.

**17.2 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl eines Abgeordneten für die Mitgliederversammlung des
Städtetages NRW
AN/0372/2012**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln benennt anstelle von Frau Hildburg Holländer

Herrn Bürgermeister **Hans-Werner Bartsch**

als Abgeordneten mit Stimmrecht für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**17.3 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbe-
hörde
0951/2012**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III – Seite 5).

**17.4 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die
Ausschüsse des Rates
0972/2012**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, gem. § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung, die in Anlage 1 dieser Beschlussvorlage aufgeführten und von der SVK-Stadtkonferenz vorgeschlagenen Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter und für den Verhinderungsfall deren Vertreter/innen als sachkundige Einwohner/innen in die entsprechenden Fachausschüsse zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.5 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Jugendhilfeaus-
schuss
AN/0432/2012

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der FDP-Fraktion,

Herrn Christian Kunze,

wohnhaft Schanzenstr. 22, 51063 Köln, zum neuen stellvertretenden Sachkundigen Einwohner von Paul Spörl, in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.6 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nachbesetzung von Fachausschüssen und Gremien
AN/0449/2012

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion,

Frau Monika Möller zur Nachfolgerin für Herrn Alfred Schultz als Beisitzerin in den Kreiswahlausschuss für die Landtagswahl,

Frau Elfi Scho-Antwerpes zur Nachfolgerin für Herrn Markus Gluch als stellvertretende Beisitzerin in den Kreiswahlausschuss für die Landtagswahl.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**18.1 Landtagswahl 2012 - Mittelbewilligung und Bedarfsfeststellungsbeschluss
1084/2012**

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

1. Wir beschließen zur Finanzierung der Landtagswahl 2012 überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilplan 0211 –Wahlen– in Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen– in Höhe von 540.000 € sowie in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen- in Höhe von 1.023.000 € im Haushaltsjahr 2012.

Die Deckung erfolgt

1. durch Mehrerträge in Teilplanzeile 06 -Kostenerstattungen und Kostenumlagen- i.H.v. 750.000 €
2. vorläufig durch Wenigeraufwendungen in Teilplan 1601 - Allgemeine Finanzwirtschaft-, Teilplanzeile 20 -Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen- i.H.v. 813.000 €.

Die endgültige Finanzierung erfolgt durch Veranschlagung im Hpl.-Entwurf 2012.

Darüber hinaus beschließen wir investive überplanmäßige Auszahlungen im Teilplan 0211 – Wahlen- in Teilplanzeile 09 -Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen- i.H.v. 47.000 €. Die Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlungen im Teilplan 0103 - Personal- und Organisationsmanagement- in Teilplanzeile 09 (Finanzstelle 0000-0103-0-0001).

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die in der Problemstellung und der Begründung beschriebenen, notwendigen Beschaffungen durchzuführen.

Auf einen Vergabevorbehalt wird verzichtet.

Köln, den 19.03.2012

gez. Jürgen Roters
Oberbürgermeister

gez. Ulrich Breite
Ratsmitglied

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

19 -

gez. Jürgen Roters
Oberbürgermeister
bis Punkt 6.1.1 einschließlich

gez. Petra Kramp
Schriftführerin

gez. Elfi Scho-Antwerpes
Bürgermeisterin
Punkt 6.1.2 bis 16.1 einschließlich
sowie ab Punkt 17.2 bis Sitzungsende

gez. Hans-Werner Bartsch
Bürgermeister
Punkt 17.1